



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)

Stand vom 14.10.2025 16:51:45 bis 28.11.2025 11:36:46

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003594
Ersteintrag:	18.03.2022
Letzte Änderung:	14.10.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 34 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302844440 E-Mail-Adressen: info@freie-berufe.de Webseiten: www.freie-berufe.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

670.001 bis 680.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

7,13

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Stephan Hofmeister**
Funktion: Präsident
2. **Gero Hagemeister**
Funktion: Vizepräsident und Schatzmeister
3. **Prof. Dr. Dr. Christoph Benz**
Funktion: Vizepräsident
4. **Dr.-Ing. Heinrich Bökamp**
Funktion: Vizepräsident
5. **Andreas Dörschell**
Funktion: Vizepräsident
6. **Ursula Funke**
Funktion: Vizepräsidentin
7. **Dr. Karin Hahne**
Funktion: Vizepräsidentin
8. **Prof. Ralf Niebergall**
Funktion: Vizepräsident
9. **Dr. Thomas Remmers**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Peter Klotzki**
2. **Jacqueline Kirsch**
3. **Petra Kleining**
4. **Andreas Müller**
5. **Nina Lucia Twardy**
6. **Natasha Volodina**
7. **Luca Samlidis**
8. **Dr. Stephan Hofmeister**
9. **Gero Hagemeister**
10. **Prof. Dr. Dr. Christoph Benz**
11. **Dr.-Ing. Heinrich Bökamp**
12. **Andreas Dörschell**

13. **Ursula Funke**

14. **Dr. Karin Hahne**

15. **Prof. Ralf Niebergall**

16. **Dr. Thomas Remmers**

Gesamtzahl der Mitglieder:

59 Mitglieder am 05.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. AG Mittelstand
2. Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung
3. Mittelstands- und Wirtschaftsunion
4. Wirtschaftsforum der SPD
5. Europäische Bewegung Deutschland

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsversorgung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Urheberrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Rechtspolitik; Rente/Alterssicherung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wir verfolgen alle Regelungsvorhaben mit freiberuflichem und berufsübergreifendem Bezug. Dabei wollen wir sowohl selbstständiges als auch abhängig beschäftigtes freiberufliches Tätigsein, den Erhalt und die Weiterentwicklung der freiberuflichen Berufsordnungen sowie der darin enthaltenen Werte und Vorgaben stärken. Die Bedeutung der freiberuflich schaffenden Persönlichkeiten in Gesellschaft und Staat sowie die Pflege der Beziehungen aller Freien Berufe untereinander stehen dabei im Fokus.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Einheitliche Rahmenbedingungen des Qualitäts- und Qualifikationsniveaus bei Nachhaltigkeitsberichterstattung

Beschreibung:

Sollten IASP im Laufe des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zur Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zugelassen werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese denselben fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen wie die AP unterliegen, um ein einheitlich hohes Qualitäts- und Qualifikationsniveau zu gewährleisten, zum Schutz der zu prüfenden Unternehmen und ihrer Anleger (des Kapitalmarkts). Nur so können vergleichbare Ausgangsbedingungen („Level-Playing Field“) unter den beteiligten Akteuren sichergestellt werden. Ein Verstoß gegen die Anforderung der Gleichwertigkeit würde zudem einen Verstoß gegen das EU-Recht bedeuten und zum Vertragsverletzungsverfahren führen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407230010** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. **Evaluierung Hinweisgeberschutzgesetz**

Beschreibung:

Es muss evaluiert werden, wie oft neue Meldekanäle tatsächlich genutzt wurden. Ohne positive Evaluierung sollte das Gesetz abgeändert werden oder auslaufen oder zumindest die Schwelle hochgesetzt werden, ab der das Gesetz greift, z.B. auf 500 Mitarbeiter. Alle neuen Regulierungen und Gesetze, die für Freiberufler erhöhten Aufwand bedeuten, sollten grundsätzlich nur befristet eingeführt werden. Wenn sie nicht positiv evaluiert werden, also eine positive Wirkung bei geringen Erfüllungsaufwand und unerwünschten Nebenwirkungen entfalten, dann sollte das Gesetz automatisch auslaufen.

Betroffenes geltendes Recht:

HinSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

3. **Schaffung einer gesetzlichen Regelung zum Erwerbsstatus selbstständiger Lehrtätigkeit**

Beschreibung:

Schaffung rechtssicherer Grundsätze der Statusbeurteilung unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen für die Abgrenzung von abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

4. **Bewertung der Angemessenheit der Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn in Bezug auf Kleinstunternehmen**

Beschreibung:

Die Mitglieder der Mindestlohnkommission unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit keinen Weisungen und haben sich eine eigenständige Verfahrensordnung gegeben. Die gesetzlich zugestandene Autonomie und die Unabhängigkeit der Kommission sind die

elementaren Grundvoraussetzungen für das deutsche Mindestlohnrecht. Sie sind zu respektieren und zu schützen, und Vorgaben an die Mindestlohnkommission durch die Exekutive sollten unterlassen werden.

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2501200004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. Vermeidung zusätzlicher bürokratischer Belastungen durch Bundestariftreuegesetz

Beschreibung:

Vermeidung wirtschaftlicher und bürokratischer Belastung und zusätzlicher Standards für kleine freiberufliche Betriebe ohne tarifliche Struktur durch erhöhten Verwaltungsaufwand und finanzielle Mehraufwände

Referentenentwurf:

Tariftreuegesetz [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 22.07.2025

1. Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu] (Vorgang)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508060010 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. Ausbau des Sozialpartnermodells für nichttarifliche Freiberuflereinheiten durch Betriebsrentenstärkungsgesetz II

Beschreibung:

Möglichkeiten zum Ausbau des Sozialpartnermodells und Lockerungen des Einschlägigkeitsgebotes bleiben hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten betroffener Berufsgruppen in den Freien Berufen zurück. Erforderlichkeit der Ergänzung des Einschlägigkeitserfordernisses hinsichtlich der Bezugnahme anderer Branchen.

Referentenentwurf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 25.07.2025

Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508060011 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. **Erstreckung der Regelungen zur Aktivrente auf Selbstständige**

Beschreibung:

Eine Differenzierung zwischen Freiberuflern, die selbstständig arbeiten und solchen, die abhängig beschäftigt sind, ist nicht gerechtfertigt. Auch Freiberufler müssen unter die lenkenden Steuererleichterungen fallen.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2508060012 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. SG2510140025 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.10.2025 an:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

670.001 bis 680.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (8):

1. Bundesärztekammer
2. Kassenärztliche Bundesvereinigung
3. Bundeszahnärztekammer
4. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
5. Bundesrechtsanwaltskammer
6. Deutscher Anwaltverein
7. Bundessteuerberaterkammer
8. Bundesarchitektenkammer

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschluss-2024.pdf